

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXV

I. Teil: Grundbegriffe

1. Kap: Verwaltung: Der Begriff	1
I. Das Anliegen der Untersuchung	1
II. Der gegenständlich-positive Versuch einer Begriffsbestimmung ..	3
III. Der gegenständlich-negative Versuch	3
IV. Der formell-organisatorische Versuch	5
A. Die Lehre von den Staatsgewalten	5
B. Das Ergebnis für den Verwaltungsbegriff	6
C. Abgrenzung von den gesetzgebenden Organen	6
D. Abgrenzung von den richterlichen Organen	7
V. Bewährung am geltenden Recht. Die Dreiteilung der Staatsge- walten im österreichischen Bundesverfassungsrecht	8
A. Allgemeines	8
B. Die „Regierung“ als vierte Staatsfunktion?	10
C. Weisungsfreie Verwaltungsbehörden. Weisungsgebundene Hilfsorgane in Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit	14
D. Selbstverwaltung; juristische Personen öffentlichen Rechts; Beliehene	18
E. Zusammenfassung	19
2. Kap: Hoheitsverwaltung – Privatwirtschaftsverwaltung	21
I. Die Unterscheidung; Allgemeines	23
II. Die „schlichte“ Hoheitsverwaltung	25
III. Materielle Unterscheidungsversuche zwischen Hoheitsverwal- tung und Privatwirtschaftsverwaltung	27
IV. Die Rechtsprechung von VfGH und VwGH	29
V. Der rechtsdogmatische Befund	30
VI. Die rechtlichen Folgen der Unterscheidung	34
VII. Organisationsvorschriften für die Privatwirtschaftsverwaltung ...	36
VIII. Die Problematik der Privatwirtschaftsverwaltung	39
IX. Exkurs: Der Gegenstand der Privatwirtschaftsverwaltung	40
A. Allgemeines	40
B. Die Führung staatlicher Unternehmungen	42
C. Das öffentliche Förderungswesen	46
D. Die Vergabe öffentlicher Aufträge	48
3. Kap: Die Verwaltung und die anderen Staatsfunktionen	52
I. Die Trennung der „Gewalten“ (Staatsfunktionen) im geltenden Recht	52
A. Allgemeines	52
B. Die Trennung der Justiz von der Verwaltung	53
C. Die Zuständigkeit der Gerichte und der Verwaltungsbehörden	57
D. Gericht oder Verwaltungsbehörde?	62

II. Gegenständliche Überschneidungen	64
A. Bei den gesetzgebenden Organen	65
1. Das Gesetz im nur formellen Sinne	65
2. Mitwirkung des Parlaments an der Vollziehung	66
B. Bei den Gerichten	69
1. Die Justizverwaltung	69
2. Die Außerstreitsachen	70
3. Die Kontrolle der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts ..	70
C. Bei den Verwaltungsorganen	71
1. Überschneidungen gegenüber der Rechtsetzung	71
2. Gegenüber der Rechtsprechung	73
III. Der Stufenbau der Rechtsordnung	73
A. Allgemeines	73
B. Der Stufenbau nach der rechtlichen Bedingtheit	74
C. Der Stufenbau nach der derogatorischen Kraft	75
IV. Verwaltung und Justiz im besonderen	78
A. Allgemeines	79
B. Die gegenseitige Unabhängigkeit	79
C. Die Akte der anderen Gewalt sind unauflösbar	80
D. Bindung an die Akte der anderen Gewalt	80
1. Allgemeines	80
2. Die Vorfrage	82
3. Zuständigkeitsstreite zwischen Gerichten und Verwal-	
tungsbehörden	86
E. Bindungsproblem und Bindungskonflikt	88
4. Kap: Das Verwaltungsrecht	92
I. Begriff und Gliederung	92
A. Der Begriff	92
B. Die Anwendung von bürgerlichem Recht im Bereich der Ver-	
waltung	97
C. Gliederung des Verwaltungsrechts. Grenzgebiete	99
D. Die Auslegung des Verwaltungsrechts	100
1. Allgemeines	100
2. Verwaltung und Gesetz	101
3. Vom Vorrang des Gesetzeswortlauts	101
4. Die Analogie	103
5. Die klassischen Auslegungsmethoden	104
II. Öffentliches Recht – Privatrecht	107
A. Allgemeines	107
B. Die Unterscheidung im positiven Recht	108
C. Die Merkmale der Unterscheidung	111
1. Die Antwort der Theorie	111
2. Die Judikatur des VfGH	115
3. Versuch einer Lösung	117
5. Kap: Staatstypen und Verwaltung	119
I. Ordnungsstaat – Leistungs-(Gesellschaftsgestaltungs-)Staat	119
II. Polizeistaat – Rechtsstaat	123
III. Wesen und Geschichte dieser Typen	126
6. Kap: Die Verwaltungswissenschaften	128
I. Allgemeines	128
II. Die Verwaltungsrechtswissenschaft	129
A. Gegenstand und Methode	129
B. Die dogmatischen Denkweisen	130
C. Die Begriffe des abstrakt-dogmatischen Denkens	132
D. Die Gliederung der Verwaltungsrechtswissenschaft	133

III. Die Verwaltungslehre	134
IV. Die Verwaltungspolitik	136
V. Exkurs: Der Wissenschaftsbegriff	138
VI. Die Entwicklung der Verwaltungsrechtswissenschaft in Österreich	139
VII. Grundlagen und Hilfsmittel der Verwaltungsrechtswissenschaft ..	142
A. Amtliche Normtexte	142
B. Entscheidungssammlungen	142
C. Schrifttum	143

II. Teil: Die Rechtsordnung der Verwaltung

7. Kap: Die Rechtsquellen	144
I. Allgemeines	144
A. Entstehungsquellen – Erkenntnisquellen des Rechts. Die Kundmachung	144
B. Generelle und individuelle Rechtsquellen	146
C. Zeitgebundenheit des Systems der Rechtsquellen	147
II. Die einzelnen Arten von Rechtsquellen	147
A. Das Verfassungsrecht	147
B. Das Gesetz	149
C. Die Verordnung	150
1. Der Begriff	154
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen; Funktion und Bezeichnung der Verordnung	159
a) Die allgemeine Verordnungsermächtigung	160
b) Die besonderen verfassungsrechtlichen Verordnungsermächtigungen	163
3. Rechtsverordnungen – „Verwaltungsverordnungen“	164
4. Die Durchführungsverordnung und ihre gesetzliche Grundlage	168
5. Exkurs: „Finale“ und „konditionale“ Normen	172
6. Die „Satzung“	175
D. Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts	176
E. Supranationales Recht (Beschlüsse von Staatengemeinschaftsorganen)	178
F. Staatsverträge des Bundes	179
1. Die Transformation von Völkerrecht in staatliches Recht ..	181
2. Die Zuständigkeit zum Abschluß von Staatsverträgen	183
3. Abschlußverfahren und Rang der Staatsverträge	183
4. Der Erfüllungsvorbehalt	185
G. Staatsverträge der Länder	187
H. Gliedstaatsverträge (Art 15 a-Vereinbarungen)	188
I. Das Gewohnheitsrecht	192
1. Allgemeines	192
2. Der Verwaltungsbrauch	196
III. Der Rang der Rechtsquellen; ihr Verhältnis zueinander	197
A. Allgemeines	197
B. Das Verhältnis Bundesrecht – Landesrecht	199
C. Das vertikale Rangverhältnis in der österreichischen Rechtsordnung	199
D. Die Derogation	202
E. Derogation oder „Invalidation“?	205
IV. Die Geltung einer Norm	207
A. Allgemeines	207
B. Der sachliche Geltungsbereich	209
C. Der persönliche Geltungsbereich	209

D. Der zeitliche Geltungsbereich	210
1. Allgemeines	210
2. Die „Entstehung“	211
3. Das „Inkrafttreten“	211
4. Das „Außerkräfttreten“	212
5. Die Regelung im positiven Recht	213
6. Die Rückwirkung	214
7. Rechtsänderung im Verwaltungsverfahren	215
E. Der räumliche Geltungsbereich	216
V. Die Überprüfung der Rechtsquellen (Die Normenkontrolle) ...	217
VI. Die Wiederverlautbarung von Rechtsquellen	220
8. Kap: Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	222
I. Allgemeines	225
II. Wert und Funktion des Gesetzes	227
III. Das Ausmaß der Verwirklichung	228
IV. Die ausreichende inhaltliche Bestimmtheit der Gesetze	230
A. Allgemeines	230
B. Die Rechtsprechung	230
C. Die Lehre	234
V. Die Besonderen Gewaltverhältnisse	236
A. Allgemeines	236
B. Gibt es das Besondere Gewaltverhältnis überhaupt?	237
C. Fortschreitende Verrechtlichung von Besonderen Gewaltverhältnissen	239
D. Besondere Gewaltverhältnisse und subjektive Rechte	241
VI. Privatwirtschaftsverwaltung und Legalitätsprinzip	242
A. Allgemeines	243
B. Art 17 B-VG als Kompetenzgrundlage? Die „Selbstbindungsgesetze“	244
C. Art 18 B-VG gilt nur für die Hoheitsverwaltung	246
D. Staatspraxis und rechtspolitische Überlegungen	247
VII. Die Sicherung der Gesetzmäßigkeit	248
9. Kap: Ermessen und Gebundenheit	250
I. Allgemeines	251
A. Die Begriffe	251
B. Das Verwaltungsermessen als Folge unvollständiger gesetzlicher Regelungen; sein sprachliches Erscheinungsbild	253
C. Die unbestimmten Rechtsbegriffe	255
D. Ermessen und unbestimmte Rechtsbegriffe in der Judikatur ..	256
E. Der Grad und die Art der Ermessensdeterminierung im Gesetz	259
F. Ermessen und unbestimmte Rechtsbegriffe in der Literatur ..	260
1. Der „Wille des Gesetzgebers“ als Unterscheidungskriterium	261
2. „Kognitiv“ und „volitiv“ als Unterscheidungskriterium ...	261
3. Das Ausmaß der geforderten inhaltlichen Vorausbestimmung als Unterscheidungskriterium	261
4. „Tatbestandsseite“ und „Rechtsfolgeseite“ als Unterscheidungskriterium	262
5. Überprüfbarkeit durch den VwGH als Unterscheidungskriterium	262
6. Die Verneinung eines Wesensunterschiedes zwischen Ermessen und unbestimmten Rechtsbegriffen	263
7. Zusammenfassung	264
G. Versuch einer neuen Abgrenzung	264

II. Das Verfahren in Ermessenssachen	267
III. Ermessen und Gebundenheit im einzelnen Verwaltungsakt	268
A. Die „Tatfrage“	268
B. Die „Rechtsfrage“	269
C. Die „Ermessensfrage“	270
IV. Ermessensfehler	272
V. Die Überprüfung von Ermessensakten	273
A. Im Verwaltungsrechtsweg	273
B. Durch den VwGH	274
C. Durch den VfGH	275
10. Kap: Die Rechtsverhältnisse in der Verwaltung	276
I. Rechtsverhältnisse	277
A. Begriff und Inhalt	277
B. Die Grundlage von Rechten und Pflichten	278
C. Die Arten von Verwaltungsrechtsverhältnissen	278
1. Die Entstehung	278
2. Der Gegenstand	279
3. Subjekte	280
II. Pflichten im Bereich der Verwaltung	280
A. Der Begriff	280
B. Arten	281
1. Nach dem Inhalt	281
2. Nach dem Wesen	281
3. Nach der Grundlage	282
4. Nach dem Personenkreis	282
III. Rechte im Bereich der Verwaltung	283
A. Der Begriff	283
B. Arten	283
1. Nach dem Inhalt	283
2. Nach dem Wesen	286
3. Nach der Grundlage	287
4. Nach dem Personenkreis	288
IV. Die verfahrensrechtliche Stellung der Träger von Rechten und Pflichten	288
A. Allgemeines	288
B. Der Parteibegriff des § 8 AVG	289
C. Verhältnis des § 8 AVG zu speziellen Verwaltungsvorschriften	291
D. Parteistellung und Privatrechtsansprüche	292
E. „Rechtliche Interessen“ – „wirtschaftliche (faktische) Interessen“	293
F. Parteistellung und Behandlung im Verwaltungsverfahren	293
G. Wer ist also Partei?	294
H. Der Umfang der Parteirechte	296
I. Parteistellung bei Fehlen einer ausdrücklichen Regelung	297
J. Die „übergangene Partei“	298
V. Die Bedeutung der subjektiven öffentlichen Rechte	299

III. Teil: Personen und Behörden

11. Kap: Das Personenrecht der Verwaltung	302
I. Übersicht über das Personenrecht	303
II. Die natürliche Person	303
A. Rechts- und Handlungsfähigkeit	303
B. Stellvertretung	304
C. Exkurs: Die Familie im Verwaltungsrecht	305

III. Die juristische Person	308
A. Grundbegriffe	308
B. Rechts- und Handlungsfähigkeit	309
C. Die besondere verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit von Organwaltern juristischer Personen	311
D. Die juristischen Personen öffentlichen Rechts	313
1. Allgemeines	313
2. Rechtswissenschaftlicher Begriff und Rechtsbegriff	315
3. Infragestellung des traditionellen rechtswissenschaftlichen Begriffes	316
4. Die Präzisierung des traditionellen rechtswissenschaft- lichen Begriffes; Zusammenfassung	319
5. Die Einteilung der juristischen Personen öffentlichen Rechts	321
a) Körperschaften	321
b) Anstalten	322
c) Fonds	324
6. Die Bedeutung der Einteilung der juristischen Personen öffentlichen Rechts	325
12. Kap: Grundzüge des Verwaltungsaufbaus	327
I. Rechtsträger und Verwaltungsorgane	327
A. Rechtsträger und Organisationsgewalt	327
B. Organisationsgewalt und Legalitätsprinzip	329
C. Dienststellen; Behörden	331
D. Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	333
1. Allgemeines	333
2. Fälle des Zuständigkeitsüberganges	334
3. Die Zuständigkeit im Einzelfall	335
4. Zuständigkeitskonkurrenz und Zuständigkeitskonflikt ...	337
5. Die Unzuständigkeit und ihre Folgen	338
E. Die Weisung	339
1. Allgemeines	341
2. Die Rechtsnatur der Weisung	341
3. Arten der Weisung	342
4. Vorgesetzte und nachgeordnete Organe	343
5. Weisungsrecht und Weisungspflicht	344
6. Der Geltungsbereich des Art 20 Abs 1 B-VG; die Stellung der Selbstverwaltung	345
7. Die unverbindliche Weisung	347
8. Zusammenfassung: Die Pflichten im Zusammenhang mit der Weisung. Das „Remonstrationsrecht“	349
F. Die Amtsverschwiegenheit	350
G. Die Auskunftspflicht	351
II. Die Organwalter	352
A. Die Berufung der Organwalter	352
B. „Ehrenbeamte“ und Berufsbeamte als Organwalter	354
1. Allgemeines	354
2. Die öffentlichen Bediensteten	356
C. Die Personalvertretung	360
D. Exkurs: Die Beiräte in der Verwaltung	362
1. Allgemeines. Begriff	362
2. Aufgaben und Zusammensetzung	363
3. Die rechtliche Grundlage von Beiräten	365
4. Die rechtlichen Wirkungen eines Beiratsgutachtens. Fol- gen der Nichtbefassung eines Beirates	365
5. Weisungsgebundenheit von Beiräten?	366

III. Der Aufbau der Verwaltung	368
A. Organisationsprinzipien und Organarten. Allgemeines	369
B. Monokratisches – kollegiales System	369
C. Zentralisation/Dezentralisation	372
D. Konzentration und Dekonzentration	372
E. Real- und Territorialsystem	374
F. Die Beziehungen zwischen den Verwaltungsorganen	375
1. Die Aufsichtsführung	375
2. Koordination zwischen Rechtsträgern (und Verwaltungsorganen)	376
a) Information	377
b) Bedachtnahme	377
c) Anhörung und Konsultierung	377
d) Herstellung des Einvernehmens	378
e) Der Vertrag	378
f) Schaffung von Organen	379
3. Exkurs: Die Pflicht zur wechselseitigen Hilfeleistung (Amtshilfe)	379
IV. Die Selbstverwaltung	380
A. Allgemeines. Der Begriff	382
B. Die Begriffsmerkmale	383
1. Die Einrichtung als juristische Person öffentlichen Rechts, und zwar mit personellem Substrat	383
2. Obligatorische Mitgliedschaft	384
3. Mitbestimmung der Verbandsangehörigen, insbesondere Bestellung der Organe aus ihrer Mitte	384
4. Befehls- und Zwangsgewalt	386
5. Relative Unabhängigkeit bei der Besorgung von „eigenen“ Angelegenheiten	386
6. Finanzielle Selbständigkeit	387
7. Zusammenfassung	388
C. Die verfassungsgesetzlichen Grundlagen der Selbstverwaltung. Art 20 B-VG und die Selbstverwaltung	389
D. Das Recht auf Selbstverwaltung	392
E. Eigener und übertragener Wirkungsbereich	393
F. Die Staatsaufsicht	394
G. Die Funktionen der Selbstverwaltungskörper	396
1. Die Gemeinden	396
2. Die Kammern und die Österreichische Hochschülerschaft	396
3. Die Sozialversicherungsträger	398
V. Die Erfüllung hoheitlicher Verwaltungsaufgaben durch Private ..	399
A. Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung	399
B. Hoheitliche Verwaltung durch Private; Allgemeines	400
C. Verwaltung durch Beliehene; Beispiele	401
1. Die Handhabung des Devisengesetzes durch die Oesterreichische Nationalbank	401
2. Die Ausübung von Polizeibefugnissen durch Private	402
3. Die Ausstellung öffentlicher Urkunden durch Private	404
D. Verwaltung durch Inpflichtgenommene; Beispiele	405
E. Begründung und Beendigung von Beleihung und Inpflichtnahme; die Aufsicht	406
F. Der Zweck der Einrichtung privater Verwaltungshelfer	406
VI. Staatsform und Verwaltungsorganisation	407
A. Allgemeines	407
B. Die organisationsrechtliche Struktur der österreichischen Verwaltung	408

C. Demokratisierung der Verwaltung. Argumente und Gegenargumente	409
13. Kap: Der Verwaltungsaufbau in Österreich	413
I. Allgemeines	413
A. Die Rechtsträger	414
B. Bund und Länder als Rechtsträger	415
1. Die Landesverwaltung	415
2. Die Bundesverwaltung im allgemeinen	416
3. Die mittelbare Bundesverwaltung im besonderen	418
C. Die Einheit der staatlichen Vollziehung	420
II. Die Dienststellen des Bundes	420
A. Allgemeines	420
B. Exkurs: Die Entscheidungsfreiheit der obersten Organe der Verwaltung	422
C. Der Bundespräsident	422
D. Die Bundesregierung	423
E. Die Bundesminister	424
1. Allgemeines	424
2. Die Kompetenzen der Bundesministerien auf Grund besonderer Regelungen	425
3. Kooperation und Koordination zwischen Bundesministerien	426
4. Die innere Gliederung der Bundesministerien	427
F. Die weisungsfreien Verwaltungsbehörden des Bundes	428
III. Die Dienststellen der Länder	430
A. Allgemeines	430
B. Die Landesregierung. Kollegiale oder monokratische Organisation?	430
C. Die Kompetenzen der obersten Organe der Landesverwaltung	432
D. Das Amt der Landesregierung	433
E. Die Bezirkshauptmannschaften	434
F. Die Agrarbehörden im weiteren Sinn	436
1. Allgemeines	436
2. Die Agrarbehörden im engeren Sinn	436
3. Die Grundverkehrsbehörden	437
4. Andere Sonderbehörden	438
G. Der Behördenaufbau in Wien	438
IV. Die Dienststellen der Selbstverwaltung	441
A. Territoriale Selbstverwaltung (Gemeinde und Gemeindeverbände)	441
1. Begriff und Rechtsnatur der Gemeinde	441
2. Das Prinzip der Einheitsgemeinde. Die Stadt mit eigenem Statut	442
3. Rechtsgrundlagen der Gemeindeselbstverwaltung. Einrichtungsgarantie – Bestandsgarantie	443
4. Die Gemeindeorgane	444
5. Die Aufgaben der Gemeinde	447
6. Der eigene Wirkungsbereich	447
7. Änderungen des eigenen Wirkungsbereiches	450
8. Der übertragene Wirkungsbereich	452
9. Das Verordnungsrecht der Gemeinden	454
a) Das ortspolizeiliche Verordnungsrecht	455
b) Die Abgabenausschreibung	456
10. Die Gemeindeaufsicht	457
a) Allgemeines	457

b)	Aufsichtsbehörden und Aufsichtsziele	457
c)	Aufsichtsmittel; Allgemeines	457
d)	Informationsrechte	458
e)	Ersatzvornahme	458
f)	Genehmigungsvorbehalt	459
g)	Verordnungsprüfung	461
h)	Bescheidprüfung; Allgemeines	462
i)	Die Vorstellung	462
j)	Die abstrakte Bescheidprüfung	465
k)	Aufhebung (bzw Sistierung) von Beschlüssen und son- stigen Maßnahmen der Gemeindeorgane	466
l)	Die Auflösung des Gemeinderates	466
m)	Die Rechtsstellung der Gemeinde gegenüber der Auf- sichtsbehörde	467
11.	Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden; die Ge- meindeverbände	468
B.	Die wirtschaftliche Selbstverwaltung	470
1.	Die Wirtschaftskammern	472
2.	Die Kammern für Arbeiter und Angestellte	473
3.	Die Landwirtschaftskammern	474
4.	Die Landarbeiterkammern	475
C.	Die berufliche Selbstverwaltung	476
D.	Die soziale Selbstverwaltung	477
E.	Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH)	479

IV. Teil: Die Verwaltungshandlungen

14. Kap: Rechtserhebliche Tatsachen	480
I. Die Zeit	481
A. Der Zeitpunkt	481
B. Die Frist	482
C. Unbestimmte Zeitbegriffe	484
D. Die Bedeutung der Zeit im Verwaltungsrecht	484
II. Der Raum	486
A. Die Verwaltungssprengel	486
B. Die Bezeichnung von Örtlichkeiten	490
C. Raum- und Flächenmaße	491
III. Zahlen	491
15. Kap: Der Verwaltungsakt	492
I. Der Begriff „Verwaltungsakt“	494
A. Allgemeines	494
B. Ableitung und systematische Analyse des Verwaltungsaktsbe- griffes	495
1. Verwaltungsorganhandeln	495
2. Hoheitlicher Charakter	495
3. Einseitigkeit	496
4. Außenrichtung bzw Außenwirkung	496
5. Individualität	497
6. „Rechtsgestaltende“ (normative) Funktion bzw Wirkung ..	500
C. Exkurs: Die Beurkundung	501
D. Typen des Verwaltungsaktes. Allgemeines	504
E. Der Bescheid	506
1. Allgemeines	506
2. Inhaltliche Merkmale	509
a) Individuell bestimmter Adressat	509
b) Verwaltungsbehörde als Urheber	509

c)	Verwaltungsbehördliche Funktion	510
d)	Außenwirkung	511
e)	„Normativität“; „Willensäußerung“; „autoritatives Wollen“	511
3.	Die Rechtsform „Bescheid“	512
4.	Abgrenzungsprobleme; Randphänomene	517
a)	Die Verfahrensanordnung	517
b)	Die Prüfungsentscheidungen	520
c)	Vollstreckbarkeitsbestätigung; Rückstandsausweis ...	522
F.	Der unmittelbare Befehls- und Zwangsakt	523
1.	Allgemeines	523
2.	Die einzelnen Merkmale eines Verwaltungsaktes am unmittelbaren Befehls- und Zwangsakt	525
a)	Zugehörigkeit zur Staatsfunktion Verwaltung	525
b)	Akt in Ausübung der Hoheitsgewalt	526
c)	Individualität („Einzelpersonsbezogenheit“)	528
d)	Selbständige „rechtsgestaltende“ („normative“) Wirkung	529
3.	Typisierung der Erscheinungsformen	529
a)	Ausübung von Befehlsgewalt	530
b)	Ausübung von Zwangsgewalt	530
4.	Der Rechtsschutz gegen unmittelbare Befehls- und Zwangsakte	531
II.	Einteilung der Verwaltungsakte, insbesondere der Bescheide ...	532
A.	Mitwirkungsbedürftige – nicht mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte	532
B.	Exkurs: Der verwaltungsrechtliche Vertrag	533
1.	Allgemeines	534
2.	Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit; das Legalitätsprinzip	535
3.	Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit; „Geschlossenheit des Rechtsquellensystems“?	538
C.	Begünstigende – Belastende Verwaltungsakte	541
1.	Die Erlaubnis (der Konsens, die Verleihung einer Konzession)	541
2.	Die Nachsicht (Dispens)	542
3.	Die Genehmigung (Zustimmung, „Approbation“)	542
4.	Das Gebot und das Verbot	542
5.	Die Strafe	543
6.	Die Widmung	543
D.	Die Einteilung der Bescheide nach ihrem Inhalt	543
1.	Allgemeines. Die traditionelle Unterscheidung zwischen „konstitutiven“ und „deklarativen“ Bescheiden	543
2.	Rechtsgestaltungsbescheide	545
3.	Leistungsbescheide	546
4.	Feststellungsbescheide	547
E.	Die Einteilung der unmittelbaren Befehls- und Zwangsakte nach ihrem Inhalt	550
III.	Nebenbestimmungen	551
A.	Allgemeines	551
B.	Die Wirkung fehlerhafter Nebenbestimmungen	552
C.	Die einzelnen Nebenbestimmungen	554
1.	Die Bedingung	554
2.	Die Auflage	555
3.	Die Befristung	558
4.	Der Vorbehalt des Widerrufs	558

IV. Der fehlerhafte Bescheid	559
A. Allgemeines	559
B. Verschiedene Möglichkeiten der Rechtswidrigkeit	559
1. Nach der Stufe der verletzten Norm	559
2. Formmängel – Sachmängel	560
3. Nach den Wirkungen des Fehlers	560
a) Theoretische Grundlage	560
b) Unbeachtliche Fehler	562
c) Fehler, die durch Berichtigung des Bescheides behoben werden können	562
d) Fehler, die zur Aufhebbarkeit (Vernichtbarkeit) des Bescheides führen	565
e) Die positivrechtlich angeordnete Nichtigkeit	565
f) Exkurs: Die Nichtigklärung nach § 68 Abs 4 AVG ..	566
g) Die absolute Nichtigkeit	568
V. Die Fehlerhaftigkeit unmittelbarer Befehls- und Zwangsakte ...	572
VI. Heilung der Fehlerhaftigkeit („Sanierung“)	575
VII. Die Rechtswirkungen des Bescheides	576
A. Allgemeines	576
B. Die Verbindlichkeit	576
C. Die Vollstreckbarkeit	578
D. Die Tatbestandswirkung	579
E. Die Rechtskraft	579
1. Allgemeines	579
2. Die formelle Rechtskraft („Unanfechtbarkeit“)	581
3. Die materielle Rechtskraft („Unwiderrufbarkeit“ und „Unwiederholbarkeit“)	582
a) Allgemeines	582
b) Der Beginn der materiellen Rechtskraft	583
c) Gegenstand und Umfang der materiellen Rechtskraft ..	584
d) Die Res-judicata-Wirkung („Unwiederholbarkeit“) ...	584
e) Die Wirkung von Neuerungen	587
4. Die Durchbrechung der Rechtskraft	588
a) Allgemeines	588
b) § 68 Abs 2 AVG	590
c) § 68 Abs 3 AVG	592
d) § 68 Abs 4 AVG	593
e) Gemeinsame Rechtsfragen bezüglich der Handhabung des § 68 Abs 2, 3 und 4 AVG	595
5. Befugnisse zur Zurücknahme oder Einschränkung einer Berechtigung	598
6. Weitere Abschwächungen des Prinzips der Rechtskraft ...	599
16. Kap: Das Verwaltungsverfahren	601
I. Grundbegriffe und Rechtsquellen	601
II. Der Geltungsbereich	604
III. Grundsätze des Verwaltungsverfahrensrechts	607
A. Die Officialmaxime	608
B. Der Grundsatz der Erforschung der materiellen Wahrheit ...	608
C. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	609
D. Der Grundsatz der raschen Entscheidung	610
E. Der Grundsatz der Wahrung des Parteiengehörs	611
F. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	613
G. Unmittelbarkeit und Mündlichkeit	616
IV. Exkurs: Umweltverträglichkeitsprüfung und Bürgerbeteiligung ..	617
A. Allgemeines. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen	617

B. Umweltverträglichkeitsprüfung und konzentriertes Genehmigungsverfahren	618
C. Die Bürgerbeteiligung	620
V. Die Verwaltungsvollstreckung im besonderen	621
A. Allgemeines	621
B. Die Vollstreckungsbehörden	623
C. Die Zuständigkeit der Gerichte zur Vollstreckung von Bescheiden	624
D. Vollstreckungsmittel und Rechtsschutz	625
VI. Exkurs: Die Zustellung	625

V. Teil: Polizei

17. Kap: Grundlagen und Aufgaben der Polizei	631
I. Entwicklung und Problematik des Polizeibegriffs	632
A. Allgemeines	632
B. Ist ein eigener Polizeibegriff noch berechtigt?	634
C. Verbleibende Besonderheiten der Polizei	637
II. Die Einteilung der Polizei	639
A. Sicherheitspolizei – Verwaltungspolizei	639
B. Exkurs: Das Sicherheitspolizeigesetz und der Begriff der allgemeinen Sicherheitspolizei	643
C. Ortspolizei – „staatliche“ („überörtliche“) Polizei	645
III. Polizei im organisatorischen Sinn. Die Polizeibehörden	646
A. Allgemeines	646
B. Die Ortspolizeibehörden	647
C. Staatliche Polizeibehörden	647
IV. Polizei im Sinne von Exekutivorganen	650
A. Allgemeines	650
B. Kompetenzen zu selbständigem hoheitlichen Einschreiten ..	651
C. Die Arten der Exekutivorgane	652
D. Die Wachkörper	654
E. Die verschiedenen Exekutivorgane in Österreich	655
1. Die Bundesgendarmerie	655
2. Die Bundessicherheitswache	656
3. Die Kriminalbeamtenkorps	656
4. Die Gemeindewachkörper	657
5. Sonstige Wachkörper des Bundes	658
6. Exekutivorgane auf einzelnen Gebieten der Verwaltungspolizei	658
F. Der Waffengebrauch der Exekutivorgane	659
18. Kap: Die Polizeiverwaltungsakte	661
I. Polizeiliche Handlungsermächtigungen	662
A. Allgemeines	662
B. Einzelermächtigungen zu polizeilichem Handeln	663
C. Die Verordnungsermächtigungen im Bereich der Polizei	666
1. Die Verordnungsermächtigung in § 49 SPG	666
2. Die Verordnungsermächtigung im Bereich der Ortspolizei	667
D. Die individuellen Polizeiverwaltungsakte	669
1. Polizeiverwaltungsakte als Bescheide	669
2. Polizeiverwaltungsakte in Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt	669
3. Die Rechtsgrundlagen unmittelbarer polizeilicher Befehls- und Zwangsakte	670

4. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen unmittelbare Befehls- und Zwangsakte der Polizei	672
II. Exkurs: Das Verwaltungsstrafrecht	674
A. Allgemeines	676
B. Das Strafverfahren nach dem VStG	678
1. Die Voraussetzungen der Strafbarkeit	678
2. Die Strafmittel	681
3. Parteien	683
4. Die Zuständigkeit	684
5. Die Konkurrenz strafbarer Handlungen	686
6. Die Verjährung	686
7. Das ordentliche Verwaltungsstrafverfahren erster Instanz (Ermittlungsverfahren)	687
8. Das abgekürzte Verfahren	689
9. Der Rechtsschutz	693

VI. Teil: Das öffentliche Vermögensrecht

19. Kap: Die öffentlichen Sachen	696
I. Sachen im Verwaltungsrecht; Allgemeines	696
II. Begriff und Einteilung der öffentlichen Sachen	697
A. Das Finanzvermögen	697
B. Das Verwaltungsvermögen	698
C. Das öffentliche Gut	698
III. Der Gemeingebrauch	699
A. Begriff; Begründung und Aufhebung	699
B. Inhalt und Umfang des Gemeingebrauchs	702
C. Ist der Gemeingebrauch ein subjektives Recht?	703
IV. Sondernutzungen	706
20. Kap: Verwaltungsrechtliche Eingriffe in das Eigentum	709
I. Allgemeines	710
II. Enteignung und Eigentumsbeschränkung	711
A. Die Lehre	711
B. Die Rechtsprechung	714
III. Eigentumsbeschränkungen	715
A. Der Vorbehalt einer besonderen verwaltungsbehördlichen Erlaubnis	716
B. Die Pflichten zur Duldung oder Unterlassung	716
C. Bestimmte Arten der Gebrauchnahme	717
D. Die Widmung	717
IV. Die Enteignung	718
A. Die Rechtsgrundlagen	718
B. Der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz	719
1. Wovor schützt Art 5 StGG?	719
2. Subjekte und Objekte des verfassungsrechtlichen Eigentumsschutzes	719
3. Die Notwendigkeit einer gesetzlichen Ermächtigung zur Enteignung	721
4. Das öffentliche Interesse	721
5. Die Entschädigungspflicht	723
C. Schutz gegen Eingriffe der Verwaltung in das Eigentum	724
21. Kap: Die verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisse	726
I. Allgemeines	726
II. Finanzielle Ansprüche öffentlichrechtlicher Natur	727

III. Das Schuldverhältnis im Finanz- und Abgabenrecht	729
A. Allgemeines	729
B. Begriff und Arten der Abgaben	730
1. Allgemeines	730
2. Gebühren	732
3. Beiträge	736
IV. Das sozialversicherungsrechtliche Schuldverhältnis	737
V. Andere Geldleistungen	738
VI. Andere verwaltungsrechtliche Leistungspflichten	738
a) Überlassungs- und Leistungspflichten	739
b) Die Behinderteneinstellungspflicht	739
VII. Besonderheiten des verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses ..	740
VIII. Sind zivilrechtliche Grundsätze auf das verwaltungsrechtliche Schuldverhältnis anwendbar?	741

VII. Teil: Kontrolle und Rechtsschutz in der Verwaltung

22. Kap: Allgemeines	743
I. Der Zweck von Kontrolle und Rechtsschutz im allgemeinen	746
II. Die Kontrolle der Verwaltung im besonderen	747
III. Arten der Verwaltungskontrolle	748
A. Nach der Richtung der Kontrolle	748
B. Nach den Organen und den Instrumenten der Kontrolle	750
1. Die verwaltungsimmanente (interne) Kontrolle	750
2. Die verwaltungstranszendente (externe) Kontrolle	751
a) Die politische Kontrolle	751
b) Die finanzielle Kontrolle	752
c) Die rechtliche (gerichtliche) Kontrolle	754
C. Nach den Objekten der Kontrolle	754
D. Nach dem Zeitpunkt der Wirksamkeit	754
E. Die Kontrolle durch die Volksanwaltschaft	755
1. Allgemeines	755
2. Die Kompetenzen	756
3. Kontrollmaßstab und Legitimation zur Anrufung	757
4. Mittel der Prüfung und Maßnahmen der Volksanwaltschaft	758
IV. Rechtssicherung und Verwaltungskontrolle aus der Stellung der Verwaltungsorgane	759
A. Die dienstrechtliche (disziplinar) Verantwortlichkeit	761
B. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit	763
C. Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit	764
1. Amtshaftung	764
2. Rückersatz des Schadens (Regreß)	768
3. Die Organhaftpflicht	768
D. Die besondere Verantwortlichkeit höchster Verwaltungs- organe	770
V. Verwaltungskontrolle in der Privatwirtschaftsverwaltung	771
23. Kap: Der Verwaltungsrechtszug	773
I. Allgemeines	773
II. Die ordentlichen Rechtsmittel	774
A. Die Berufung	776
1. Allgemeines	776
2. Berufungsrecht und Instanzenzug	777
a) Die Zulässigkeit der Berufung	777
b) Die Legitimation zur Berufung	778
c) Der Instanzenzug	779

3. Die Einbringung der Berufung	782
a) Die Berufungsfrist	782
b) Der Inhalt der Berufung	783
c) Die Form der Berufung	784
d) Die Einbringungsbehörde	784
4. Der Berufungsverzicht (Die Zurücknahme der Berufung) ..	785
5. Die Wirkung der Berufung auf den angefochtenen Be- scheid; die aufschiebende Wirkung	785
6. Die Entscheidung über die Berufung	788
a) Allgemeines	788
b) Die Berufungsvorentscheidung	788
c) Die Entscheidung der Berufungsbehörde ieS	790
d) Die Zurückweisung	791
e) Die Aufhebung und Zurückverweisung	792
f) Die Entscheidung in der Sache	794
g) Inhalt und Form der Berufungsentscheidung	797
7. Das Berufungsverfahren der Unabhängigen Verwaltungs- senate	798
a) Allgemeines	798
b) Parteistellung	798
c) Die mündliche Verhandlung	798
d) Das Beweisverfahren	799
e) Die Entscheidung des UVS; die Erlassung des Beschei- des	799
B. Die Vorstellung	800
1. Das Mandatsverfahren	800
2. Die Vorstellung als Rechtsmittel gegen das Mandat	801
C. Der Einspruch	803
III. Die außerordentlichen Rechtsmittel	805
A. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	805
1. Allgemeines	806
2. Die Wiederaufnahmegründe	807
a) Der Wiederaufnahmegrund der strafbaren Handlung oder der Bescheiderschleichung	808
b) Der Wiederaufnahmegrund der Neuerungen	809
c) Der Wiederaufnahmegrund der abweichenden Vorfra- genbeurteilung	810
3. Die Wiederaufnahme auf Antrag	811
4. Die Wiederaufnahme von Amts wegen	814
5. Verfahren und Wirkung der Wiederaufnahme	814
B. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	816
1. Die Wiedereinsetzungsfälle	817
2. Die Wiedereinsetzungsgründe	818
3. Das Verfahren und die Entscheidung über den Wiederein- setzungsantrag	821
C. Die Geltendmachung der Entscheidungspflicht („Devolution“) ..	823
1. Die Entscheidungspflicht	823
2. Die Devolution	826
24. Kap: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	829
I. Allgemeines	832
A. Bedeutung und Begriff der Verwaltungsgerichtsbarkeit	832
B. Organisationsformen	834
C. Funktionelle Möglichkeiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit. .	835
II. Die Unabhängigen Verwaltungssenate (UVS)	836
A. Rechtsgrundlagen; Allgemeines	837

B. Die Organisation der UVS	838
1. Die Stellung der UVS in der Behördenorganisation	838
2. Die Mitglieder der UVS	839
3. Die Organe der UVS	840
4. Die Kompetenzen der UVS	841
a) Allgemeines	841
b) Verfahren wegen Verwaltungsübertretungen	842
c) Beschwerden gegen unmittelbare verwaltungsbehördliche Befehls- und Zwangsakte	843
d) „Sonstige Angelegenheiten“	844
e) Der Säumnisschutz in bestimmten Angelegenheiten ..	844
III. Der Verwaltungsgerichtshof	845
A. Rechtsgrundlagen; Allgemeines	845
B. Die Kompetenzen des VwGH	846
1. Die Bescheidbeschwerde	847
2. Die Säumnisbeschwerde	850
3. Die Weisungsbeschwerde	850
C. Das Verfahren vor dem VwGH	851
1. Die Einleitung des Verfahrens	851
2. Die Prozeßvoraussetzungen	852
3. Das Vorverfahren	853
4. Der Abschluß des Verfahrens („Erledigungsweisen“)	854
a) Zurückweisung	854
b) Einstellung des Verfahrens	854
c) Entscheidung in der Sache	856
aa) Bescheidbeschwerde	856
bb) Säumnisbeschwerde	857
cc) Weisungsbeschwerde	857
d) Die Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde in einer Verwaltungsstrafsache	858
5. Die Wirkung des Erkenntnisses	858
IV. Der VfGH als Sonderverwaltungsgericht	858
Sachverzeichnis	861